



Landtagsdirektion
Eingelangt am
27. SEP. 2018
291/18

Antrag

des FPÖ-Landtagsklubs bzw. der Abgeordneten KO Markus Abwerzger, KO-Stv. Evelyn Achhorer, Alexander Gamper, Patrick Haslwanter und Christofer Ranzmaier

Familien stärken mittels Berndorfer Modell

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, in Anlehnung an das Konzept der Salzburger Gemeinde Berndorf – ein Modell zu kreieren, das vorsieht, dass jene Familien, in denen sich Elternteile für eine der beiden längsten Varianten des Kinderbetreuungsgeldes entscheiden, zumindest vonseiten des Landes einen Zuschuss erhalten. Diesbezüglich soll die Landesregierung außerdem Verhandlungen mit den Gemeinden und dem Bund über eine gemeinsame Finanzierung aufnehmen. Letztendliches Ziel soll die Angleichung der Höhe des Kinderbetreuungsgeldes an die Höhe der Mindestsicherung sein.“

Begründung:

Die Salzburger Gemeinde Berndorf hat einen vorbildlichen Schritt zum Ausbau der Wahlfreiheit für Familien gesetzt. Eltern, die sich für die zweijährige oder dreijährige Variante des Kinderbetreuungsgeldes entscheiden, also bis zum zweiten oder dritten Geburtstag des Kindes keine Fremdbetreuung in Anspruch nehmen und sich selbst um ihr Kind kümmern wollen, bekommen von der Gemeinde einen finanziellen Zuschuss. Das Idealmodell der Gemeinde Berndorf sieht so aus, dass das Kinderbetreuungsgeld auf Mindestsicherungshöhe aufgestockt wird und Gemeinde, Land und Bund diesen Zuschuss je zu einem Drittel finanzieren.

Dieses Modell wurde in der Salzburger Gemeinde von ÖVP, SPÖ und FPÖ unterstützt und wurde im Gemeinderat einhellig beschlossen. Auch in Tirol sollen Schritte zur Verwirklichung der Wahlfreiheit zwischen der familienexternen Betreuung und der familieninternen Betreuung von Kindern gesetzt werden. Alle beiden Modelle sollen ihren Platz haben und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Familienautonomie muss gestärkt werden und auch generell müssen günstigere (finanzielle) Rahmenbedingungen für Familien geschaffen werden.

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten; Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport

Innsbruck, September 2018